

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Joint Conference Church and Development (GKKE)



Armutsbekämpfung in Ankerländern

Für eine Fortsetzung der Armutsbekämpfung in den sog. Ankerländern durch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit plädierte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in ihrem ersten Fachgespräch 2007. Zu der Veranstaltung am 17. Januar in Berlin waren Vertreter aus Politik und Kirche eingeladen. Grundlage der Diskussion bildete die Studie „China, Indien, Brasilien und Südafrika – Plädoyer für die Fortsetzung einer armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit“, die vom Südwind-Institut im Auftrag von Brot für die Welt erstellt wurde. Die Studie setzt sich kritisch mit dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegten Konzept zur Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit mit Ankerländern auseinander. Als Ankerländer bezeichnet das BMZ solche Entwicklungsländer, die einen höheren Entwicklungsstand erreicht haben und eine Schlüsselrolle in ihrer Region spielen. Dazu zählen nach der Definition des BMZ neben China, Indien, Brasilien und Südafrika auch Nigeria und Mexiko.

Friedel Hütz-Adams, Autor der Studie, sowie Reinhard Koppe vom Auftraggeber Brot für die Welt stellten die Studie vor und erläuterten deren Hauptbefund, dass weder die Politik des wirtschaftlichen Wachstums noch sozialpolitische Maßnahmen trotz einiger Erfolge nachhaltig zur Überwindung der Armut in den Ländern beigetragen haben. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgelegte Ankerländerkonzept lasse befürchten, dass der Stellenwert der Armutsbekämpfung in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sinke. Das werde jedoch der Tatsache nicht gerecht, dass in diesen Ländern mehr als die Hälfte der absolut Armen weltweit lebe. Wenn das Millenniumsziel der Armutshalbierung bis 2015 erreicht werden solle, sei eine weitere Konzentration auf Armutsbekämpfung zwingend.

Nach der Vorstellung der Studie wurden die Vertreter der Politik zur Kommentierung eingeladen. Ute Koczy, MdB, kritisierte, dass dem Parlament die seit längerem angekündigte Konzeption des BMZ zur Entwicklungszusammenarbeit mit Ankerländern immer noch nicht vorliege. Sie erwarte von dem Papier eine Bestätigung der

Armutsbekämpfung. Allerdings gebe es große Unterschiede zwischen den Ankerländern, z.B. China und Südafrika, die in einem gemeinsamen Konzept kaum schlüssig zu erfassen seien. In Anbetracht der Fixierung Chinas auf wirtschaftliches Wachstum habe die armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit dort einen harten Stand. Auch angesichts des wachsenden chinesischen Selbstbewusstseins stehe sie „auf des Messers Schneide“. Deshalb befürworte sie einen Ausbau der Kooperation, der dem Rechnung trage und den Armen nütze.

Indien stelle seinen Status als Entwicklungsland in Abrede, was nicht ohne Konsequenzen für die Zusammenarbeit bleiben könne. In Brasilien trage auch der starke Landverbrauch für die Erzeugung von Energiepflanzen zur Verarmung bei. Das Beispiel zeige, dass auch andere Strategien als bisher bei der Armutsbekämpfung benötigt werden. Die Beeinflussung von Wasser, Wald und Klima werde ein immer größerer Faktor für die Armutsentwicklung. Umwelt- und Ressourcenschutz müssten daher in einer künftigen Strategie stärkere Beachtung finden. Koczy mahnte, den Einfluss der Entwicklungszusammenarbeit nicht zu überschätzen. China und Indien befänden sich auf dem Weg zu Weltmächten, gegen den Anspruch der USA. Neue Strategien der Zusammenarbeit müssten dies berücksichtigen. Es dürfe jedoch keinen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik geben.

Walter Riester, MdB, betonte, die Studie sei hilfreich für die Diskussion in der Regierung und im Parlament. Die Länder, in denen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung lebten, seien zwar Teilnehmer am Welthandel, aber dies habe nur geringe Effekte auf die Minderung der Armut. Vielmehr gehe die Schere zwischen Armen und Reichen immer mehr auseinander. Diese Entwicklung der Ankerländer zwinge zu einem neuen strategischen Ansatz und zur Bündelung von Maßnahmen bei der Weiterentwicklung der Beziehungen zu diesen Ländern. So entwickelten sich China und Indien im Zeitraffer. Die Verdichtung der Produktivität durch den technologischen Fortschritt führe zum Verlust von Arbeitsplätzen. Angesichts dieser schneller werdenden Prozesse dürften die Ankerländer nicht aus der Armutsbekämpfung heraus genommen werden.

Die Globalisierung führe zu einer Zuspitzung der Widersprüche in diesen Ländern, die bisher nicht durch Sozialsysteme abgepuffert werden. Deutsche Sozialmodelle müssten daher offensiv vertreten werden, um diese Entwicklungen politisch zu gestalten. Bisher werde aber keine strategische Diskussion darüber geführt. Die Studie biete die Chance, diese Diskussion aufzunehmen und Strategien zu entwickeln, die über bisherige traditionelle Ansätze hinaus gingen

Jürgen Klimke, MdB, sprach sich für einen verstärkten wirtschaftlichen Ansatz aus und plädierte dafür, das Problem der Armut auf der Ebene der Ursachen in der Agrarentwicklung, im Klimawandel und in der Umwelt zu diskutieren. Die direkte Armutsminderung sei eher als Arbeitsbereich der Nichtregierungsorganisationen zu sehen. In der Entwicklungspolitik müsse gemeinsame Verantwortung für die Armutsbekämpfung übernommen werden, mit den Millenniumszielen habe sich die Konstellation entscheidend geändert. Über die Wege zum Ziel der Armutsreduzierung sei man sich noch nicht einig. Bei einem wirtschaftlichen Ansatz könnten bei der Förderung auch deutsche und europäische Interessen berücksichtigt werden. Ethisch-moralische Fragen wie die Armutsbekämpfung verknüpften sich mit wirtschaftlichen Interessen, etwa in der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Rahmen von Public Private Partnership (PPP). Eine besondere Leistung liege hier jedoch im Transfer von know-how.

Heike Hänsel, MdB, forderte eine neue Konzentration auf die Bekämpfung der Armut. Die Studie biete dafür in der Analyse gute Voraussetzungen. Die Schlussfolgerungen seien aber zu stark an Projekten orientiert und nicht umfassend genug angelegt. Es werde nicht auf die Strukturen eingegangen, in denen heute wirtschaftliches Wachstum stattfindet. Wachstum bedeute auch steigende Armut, da zugleich der Umweltverbrauch steige und soziale Standards ausgehebelt würden. Da die Ankerländer selbst über beträchtliche Ressourcen verfügten, sollten vor allem die sozialen Bewegungen der Länder in ihren Forderungen nach Partizipation unterstützt werden. Um Strukturänderungen zu erreichen, müssten bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik nicht nur quantitative sondern auch qualitative Aspekte eine Rolle spielen.

Volker Ducklau aus dem BMZ führte aus, die Studie sei ein Anstoß das bisherige Positionspapier zu den Ankerländern zu prüfen und Positionen weiter zu klären. Armutsbekämpfung müsse auch weiterhin vordringliches Ziel sein, sonst könnten die Millenniumsentwicklungsziele nicht erreicht werden. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung müsse die armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit mit den Ankerländern anders als mit den ärmsten Ländern gestaltet werden. Dabei müsse nach dem Entwicklungsstand differenziert werden. Das Ankerländerkonzept sei insofern ein Plädoyer für Differenzierung, nicht für Diversifizierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die jeweilige Politik in den vier von der Studie untersuchten Ländern habe im Bereich der Armutsbekämpfung versagt. Die Entwicklungspolitik könne in verschiedenen Sektoren wie Recht, Umwelt oder Energie mittelbar tätig werden und politische Stützen zur Verfügung

stellen. Erst in der Kooperation mit Trägern nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit und mit anderen Politiksektoren könne ein überwölbendes Konzept zur Armutsbekämpfung greifen, das länderbezogen entwickelt werden müsse. Dazu böten sich die Ländergespräche des BMZ an.

In der Diskussion der Teilnehmer des Fachgespräches wurde vor allem die Verantwortung der Entwicklungsländer für die Erfüllung der Millenniumsziele hervorgehoben. Die bisher vernachlässigte Sozialdynamik bei der wirtschaftlichen Entwicklung könne nur in der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure gestaltet werden. Eine sorgfältige Einschätzung der jeweiligen Handlungspotentiale im nationalen staatlichen und gesellschaftlichen Kontext sei erforderlich. Unterschiedliche Grade der Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie seien hier besonders belangreich. Auch müssten die Ankerländer dazu gebracht werden, die von ihnen freiwillig eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen von UN – Regelwerken umsetzen. Wichtig sei es, neben den Einwirkungsmöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit die Hebelwirkung eigenständiger interner Wandlungsprozesse zu sehen. Hier gebe es – bei aller Gleichartigkeit in der Rasananz des Wachstums – erhebliche Differenzen zwischen den Ländern, wenn man etwa an die zivilgesellschaftlichen Gestaltungsräume in China und Indien denke. Insgesamt sei es notwendig, von einem Mehrebenenansatz der Kooperation auszugehen, der gesellschaftliche Dynamiken mit staatlichen Reformen verbinde.

Formen der Komplementarität staatlichen und nichtstaatlichen Handelns müssten somit jeweils länderbezogen bestimmt werden. Dies sei die eigentliche Bewährungsprobe für die Formulierung stimmiger Strategien der Armutsbekämpfung und Voraussetzung dafür, Armutsbekämpfung als überwölbendes Ziel der Entwicklungspolitik zu erhalten. Die späte, nun anstehende Aktualisierung des BMZ-Positionspapiers biete die Chance, Akteure und Strategien präziser zu berücksichtigen.

Hartmut Lorenz